



Medienmitteilung

20. Februar 2024

Kirchen leisten grossen Beitrag für gesamte Gesellschaft

«Kirche ist mehr als du glaubst»: Unter diesem Motto haben die drei bernischen Landeskirchen heute Dienstag ihre vielfältigen Leistungen im gesamtgesellschaftlichen Interesse vorgestellt: Beratungsstellen, soziale Projekte für Jung und Alt oder kulturelle Events.

Der Ort der Medienkonferenz war nicht zufällig gewählt: Das HipHop-Center in Bern. Dieser Jugendtreffpunkt, bei dem Tanz und Musik im Mittelpunkt stehen, ist ein Beispiel für eine Einrichtung, die von den Landeskirchen finanziell unterstützt wird. Dies gilt auch für viele Beratungsstellen, auch wenn dies nicht immer aus dem Namen hervorgeht. Davon profitieren auch Nichtmitglieder, Konfessionslose oder Menschen mit anderer Religion. Zu erwähnen sind auch Lebensmittelabgabestellen für Bedürftige, Deutschkurse für Geflüchtete oder die «Mobilen Boten», welche während der Pandemie isolierte Menschen mit dem Nötigen versorgten.

In Stadt, Agglomeration und in ländlichen Gebieten erbringen die Kirchen einen breiten *service public*. Kulturelle Veranstaltungen, Kurse, gemeinschaftsstiftende Angebote für ältere Menschen, Jugendliche und Kinder sind in der Nähe verfügbar, auch für Menschen mit kleinem Budget oder eingeschränkter Mobilität. Dies ermöglicht allen die Teilhabe an der Gesellschaft, erzeugt Solidarität und lindert Einsamkeit oder eine drückende Sorgenlast.

Für die Leistungen im gesamtgesellschaftlichen Interesse, wie es im Landeskirchengesetz heisst, erhalten die Kirchen Beiträge des Kantons Bern. Diese sind gut angelegtes Geld, arbeiten doch viele Freiwillige in kirchlichen Projekten mit. In einem Bericht, den die Landeskirchen auftragsgemäss beim Kanton eingereicht haben, werden jährlich 833'600 Arbeitsstunden ausgewiesen. Dies entspricht dem Pensum von rund 400 Vollzeitbeschäftigten. Müsste der Staat diese gemeinnützigen Aufgaben übernehmen, wäre dies mit Kostensteigerungen verbunden.

Nebst diesem Aspekt wurde an der Medienkonferenz auch die Motion Reinhard angesprochen, die im März im Grossen Rat behandelt werden wird. Diese will die Kirchensteuern von juristischen Personen als freiwillig deklarieren. Würde das Kantonsparlament diesem Vorstoss zustimmen, wären viele Kirchgemeinden gezwungen, Leistungen im gesamtgesellschaftlichen Interesse zu reduzieren. Gemäss Gesetz werden diese Unternehmenskirchensteuern nämlich ausschliesslich für diesen Zweck verwendet – und nicht für den kultischen Bereich.

Kontakt für Medienanfragen:

Markus Dütschler, Co-Leiter Kommunikationsdienst Reformierte Kirchen Bern-Jura-Solothurn, 031 340 24 10

Dr. Christian Geltinger, Leiter Kommunikation Katholische Kirche Region Bern, 031 300 33 41

Pfarrer Christoph Schuler, Präsident Christkatholische Landeskirche, 031 318 06 56